

INTERPELLATION

**der DC-Abgeordneten des Bezirks Entremont, durch Hrn. Grossrat (Suppl.) Jean-Albert Ferrez, betreffend neuer Finanzausgleich des Bundes: Was bleibt übrig?
(06.11.2003) 1.437**

Der neue Finanzausgleich des Bundes verspricht dem Kanton Wallis bis 2008 zusätzliche 120 bis 150 Millionen Franken. Viele staatliche und nichtstaatliche Organe haben bereits eine Verwendung dieser Gelder vorgesehen. Einerseits bringt der neue Finanzausgleich zwar zusätzliche Einnahmen, andererseits hat der Bund angekündigt, gewisse Bereiche nicht mehr zu finanzieren.

Ein Beispiel: Im neuen Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) finanziert der Bund mehrere Bereiche des Zivilschutzes nicht mehr (Ausbildung, Material, Einsätze). Um eine inakzeptable Mehrbelastung der Gemeinden zu vermeiden, muss der Kanton diese zusätzlichen Kosten übernehmen. Bei fehlenden Ressourcen müssen dafür die Gelder des neuen Finanzausgleichs erhalten.

Wir bitten die Regierung, eine Liste zu erstellen (welche nicht zwingend komplett sein muss) mit Angaben darüber, wo sich der Bund von der Finanzierung zurückziehen gedenkt und wo der Kanton die Gelder des neuen Finanzausgleichs vornehmlich einsetzt, um die Bereiche, die neu in seiner Verantwortung liegen, zu finanzieren. In diesem Zusammenhang interessiert besonders die Frage, wie viel von den zu erwartenden 120 bis 150 Millionen übrig bleiben, nachdem die Finanzierung der neuen Aufgaben sichergestellt ist.

Sitten, den 6. November 2003
(12h10)

DC-Abgeordnete des Bezirks Entremont, durch
Jean-Albert Ferrez, Grossrat (Suppl.)